

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten der Weltorganisation

Wirtschaft und Entwicklung

Ausschuß für Entwicklungsfragen — Die Internationale Entwicklungsstrategie — 7. Sondertagung der Generalversammlung — Neues Zinnabkommen — Welternährungsrat (55)

Der Kampf um die Neue Weltwirtschaftsordnung geht weiter. Er hat Vorrang für die Dritte Welt. Zu einem neuen Höhepunkt der Auseinandersetzung kann die 7. Sondertagung der Generalversammlung (1. bis 12.9. 1975 in New York) werden. Welche Haltung werden die beiden Seiten einnehmen — Konzilianz oder Kompromißlosigkeit? Der Verlauf der letzten Wochen erlaubt keine sichere Antwort. Er vermittelt am ehesten den Eindruck des Zögerns und Abwartens.

I. Das Gremium, welches vielleicht vorrangig berufen gewesen wäre, konkrete Pläne vorzulegen, hat eine Gelegenheit versäumt. Der *Entwicklungsausschuß der Bretton Woods-Institute* (Gemeinsamer Ministerausschuß der Gouverneursräte der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds für den Transfer von Realkapital in Entwicklungsländer, gegründet auf der Jahresversammlung 1974 von IMF und Weltbank) hat seine Beurteilung der Lage der meisten Entwicklungsländer als »beunruhigend« wenig präzisiert. Auf seiner Dritten Tagung (12. bis 13.6.1975 in Paris) stellte der 20köpfige Ausschuß zwar erneut die bekannte Diagnose: daß die Entwicklungsländer in den kommenden Jahren zur Erzielung zufriedenstellender Wachstumsraten dringend Kapitalzuschuß aus öffentlichen und privaten Mitteln benötigen. Er wußte aber keine andere Therapie zu empfehlen als eine Ausweitung der Darlehensprogramme von Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken. Es spricht einiges für die Annahme, daß eine weitergehende Einigung nicht allein an Meinungsverschiedenheiten zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern, sondern auch und gerade an derzeit kaum überbrückbaren Gegensätzen zwischen einzelnen OECD-Ländern (insbesondere Frankreich und den USA) gescheitert ist. Das dürfte vor allem für die Möglichkeit einer Verbindung zwischen der Zuteilung von Sonderziehungsrechten und der Entwicklungsfinanzierung (»link«) sowie für die künftige Rolle des Goldes gelten. Es wäre jedenfalls bedenklich, wenn sich diejenigen Gremien innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, in welchen — wie im Gemeinsamen Ausschuß für Entwicklungsfragen — die entwickelten Industriestaaten nicht majorisiert werden, fortan als außerstande erwiesen, zur Problematik der Entwicklungsfinanzierung konstruktive Beiträge zu leisten.

II. Die Entwicklungsländer haben insoweit genaue Vorstellungen. Das wurde wieder deutlich auf der 59. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) (2. 7. bis 1. 8. 1975 in Genf), auf welcher — ne-

ben der Vorbereitung der 7. Sondertagung der Generalversammlung — eine *wirtschaftliche* Halbzeitbilanz der internationalen Entwicklungsstrategie im Rahmen der Zweiten Entwicklungsdekade zu ziehen war. Die 58. ECOSOC-Tagung (8. 4. bis 8. 5. 1975 in New York) hatte eine Zwischenbilanz des dabei erzielten *sozialen* Fortschritts aufgestellt. Der ECOSOC-Ausschuß für Überprüfung und Beurteilung der Entwicklungsstrategie (Committee on Review and Appraisal; 3. Tagung 12. 5. bis 6. 6. 1975), der mit einer kritischen Würdigung der durch die Entwicklungsstrategie bislang bewirkten Ergebnisse betraut ist und Verbesserungsmöglichkeiten untersuchen soll, hat es noch vermieden, sich auf eine bestimmte Lageeinschätzung und auf daraus etwa zu ziehende Konsequenzen festzulegen. In seinem Bericht hat er sich auf eine Wiedergabe der unterschiedlichen Positionen beschränkt. Die Gruppe 77 nannte beim Namen, was für den Transfer von Realkapital in privater Hand getan werden müßte: Erleichterung des Zugangs zu den Kapitalmärkten der entwickelten Länder durch die Gewährung von Vorzugsbedingungen, Befreiung von den Kontrollen der Kapitalbewegungen und reale Senkung des Zinssatzes. Sie verfolgt weiterhin das Ziel eines »link« und besteht auf einer Herabsetzung des Zinssatzes für Weltbankkredite. Sie fordert unverändert eine Regulierung der Rohstoffmärkte und die Einräumung besonderer Handelspräferenzen. Die Vereinigten Staaten ziehen sich demgegenüber immer offener auf eine »give-and-take«-Position zurück, wie sie besonders nachdrücklich nun von D. P. Moynihan, ihrem neuen Chefdelegierten bei den Vereinten Nationen, vertreten wird. Einseitige Vergünstigungen fassen sie vornehmlich für die am wenigsten entwickelten und von Zahlungsbilanzschwierigkeiten am meisten betroffenen Entwicklungsländer ins Auge. Die Länder der Europäischen Gemeinschaften, die bereits durch das Abkommen von Lomé mit 46 sog. AKP-Staaten neue Wege gewiesen haben, sind zu mehr Entgegenkommen bereit. In diesen Ländern wird zunehmend die Auffassung laut, eine Neuordnung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung liege im eigenen Interesse der entwickelten Industriestaaten, z. B. für den Fall einer Freisetzung zusätzlicher Kapazitäten für den Ausbau fortgeschrittener Technologien, eine Meinung, zu der sich Generalsekretär Waldheim bekennt (Rede vom 2. 6. 1975 in Washington) und die auch der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing zu teilen scheint, wenn er gegenüber der anvisierten Neuen Weltwirtschaftsordnung eine positive Haltung bekundet (in der Begegnung mit Waldheim am 27. 6. 1975). Allerdings heben sich die europäischen Staaten nicht allein von den USA ab, sie setzen zugleich auch andere Schwerpunkte als die Entwicklungs-

länder. Während diese auf die zentrale Bedeutung eines gesteigerten Zuflusses von Realkapital pochen, halten jene den Aufbau tragfähiger Agrarstrukturen für eine unerläßliche Grundlage gesunder Entwicklung. Dementsprechend haben die EG-Länder auch im ECOSOC-Ausschuß für die Überprüfung der Entwicklungsstrategie die Probleme von Landwirtschaft und Ernährung in den Mittelpunkt ihres Beitrags gestellt. Auch der Verwalter des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), R. A. Peterson, unterstreicht in seinem neuesten Jahresbericht, insbesondere in Afrika seien landwirtschaftliche Reformen dringend notwendig. Das sei der Grund, weshalb ein Drittel der Mittel des UNDP, die nach Afrika flössen, Agrarprojekten zugute kämen.

III. Nicht allein der Überprüfungsausschuß hat von einer frühzeitigen Festlegung Abstand genommen. Auch der Ausschuß, der die 7. Sondertagung der Generalversammlung (über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit) vorbereiten soll, hat im Juni noch alles in der Schwebe gelassen. Der Ausschuß, der vom ECOSOC im August 1974 eingesetzt worden war (E/Res/1911 (57.)), hat zunächst nur zu Verfahrensfragen Stellung bezogen und die abschließende Erörterung der Sachprobleme auf August vertagt.

IV. Für einige Rohstoffe ist der Dirigismus auf den Weltmärkten schon lange Wirklichkeit. Die jüngste Regulierungsvereinbarung datiert vom 21. Juni; sie ist das Ergebnis einer einmonatigen Konferenz in Genf. Es handelt sich um das *Fünfte Zinnabkommen*, das zum 1. Juli 1976 das auslaufende ablösen und sodann eine Laufzeit von fünf Jahren haben soll. 35 Länder waren an der Konferenz unmittelbar beteiligt; das bestehende Abkommen war von sieben Erzeuger- und 22 Verbraucherstaaten geschlossen worden.

V. Es scheint schwierig zu sein, im Angesicht des Hungers in der Welt Einigkeit zu erzielen. Die Bekämpfung des Nahrungsmangels macht keine Fortschritte: Die erste Tagung des *Welternährungsrates* auf Ministerebene in Rom (Ende Juni) fand kein erfreuliches Ende; denn nennenswerte Ergebnisse wurden nicht erzielt. Zwar hatte der Rat keine Mühe, sich auf die Feststellung zu einigen, die von der Krise am stärksten getroffenen Entwicklungsländer bedürften in der zweiten Jahreshälfte einer Lebensmittelhilfe im Volumen von sechs bis sieben Millionen Tonnen (die Welternährungskonferenz von November 1974, die die Gründung des Rates vorgeschlagen hatte, hatte für 1975 Hilfeleistungen im Gesamtvolumen von 10 Millionen Tonnen veranschlagt, die in diesem Jahr aber nicht erreicht werden dürften). Neue Zusagen wurden jedoch, von der Ausnahme Großbritannien abgesehen, nicht gegeben. Die Versammlung drohte vollends auseinanderzubrechen, als sie sich über einen Antrag der Gruppe 77 zur Abfassung des Schlußberichts in eine ausgiebige, schließlich nächtliche Geschäftsordnungsdebatte verstrickte. Zur Abstimmung kam es nicht mehr. Um 1 Uhr 45 nachts stellten die Simultandolmetscher die Arbeit ein: Die Tagung war beendet. NP